

Bund für Umwelt und
Naturschutz Deutschland (BUND)
Landesverband Niedersachsen e.V.
Kreisgruppe Salzgitter



BUND, Moränenweg 64, 3320 Salzgitter 1

Anerkannter Naturschutzverband
nach § 29 Bundesnaturschutzgesetz

Redaktion
Natur und Umwelt

Moränenweg 64
3320 Salzgitter 1 (Lebenstedt)

4516 Bissendorf 1

Datum: 31.08.1987

Unser Zeichen:

Veröffentlichung in Natur und Umwelt zu "Schacht Konrad"

Sehr geehrter Herr [REDACTED],

wir kommen zurück auf Ihren Anruf bei der Vorsitzenden unserer Kreisgruppe in der 34. Kalenderwoche und übersenden Ihnen heute einen Bericht über den derzeitigen Stand und Diskussion über die Schachtanlage Konrad in Salzgitter als atomares Endlager.

Als Anlage fügen wir einige Fotos zur Veröffentlichung bei.

Um zu unterstreichen, daß es sich bei dem geplanten Atommüllendlager Schacht Konrad um eine Endlagerstätte in mitten einer Großstadt und im industriellen Ballungsraum Süd-Ost-Niedersachsen handelt, fügen wir einen Lageplan mit der Bitte um Veröffentlichung bei. Bitte senden Sie den Plan nach Fertigstellung des Artikels an unsere Anschrift zurück, da unsere Kreisgruppen als Empfänger für die Planunterlagen registriert wurde.

Für telefonische Rückfragen stehen wir jederzeit gern zur Verfügung.

Mit freundlichem Gruß

Anlage

BUND

Kreisgruppe Salzgitter

Bankverbindung: Raiffeisen Volksbank Salzgitter eG., (BLZ 27062993), Kto.-Nr. 10305500

Steuerabzugsfähige Spenden bitte auf das Konto des Landesverbandes
Nord/LB, Hannover, (BLZ 25050000), Kto.-Nr. 101070047, mit dem Vermerk „für Kreisgruppe Salzgitter“

Atommüllendlager Schacht Konrad?

Die Begriffe Gorleben und Wackersdorf sind seit Jahren als Atommüllendlager oder Wiederaufbereitungsanlage Bestandteil der politischen Diskussion. Während über die Standorte Gorleben und Wackersdorf regelmäßig in Rundfunk, Fernsehen und Presse berichtet wird, kommt der Standort Schacht Konrad in der Diskussion regelmäßig zu kurz. Warum zu kurz? Soll denn Schacht Konrad genauso wie Gorleben und Wackersdorf Schauplatz von Demonstrationen und Großveranstaltungen werden? Nicht unbedingt. Jedoch ist eine umfangreiche Berichterstattung über das was in Salzgitter und mit dem Schacht Konrad geplant ist von entscheidender Bedeutung für die gesamte Atomwirtschaft der Bundesrepublik.

Wenn über Schacht Konrad berichtet wird, ist meistens zu hören oder zu lesen: Schacht Konrad bei Salzgitter. Warum dieses bei wichtig ist, wird dadurch ersichtlich, daß in Wirklichkeit der Schacht Konrad mitten in der 110.000 Einwohner zählenden Großstadt Salzgitter liegt. Die Stadtgrenzen der Großstadt Braunschweig sowie der Stadt Wolfenbüttel sind jeweils 5 km vom Schacht Konrad entfernt. Das bedeutet, daß in unmittelbarer Umgebung um den Schacht Konrad herum, nämlich in der sogenannten 5 km Zone, ca. 25.000 Menschen leben. In einem Radius von 15 km erhöht sich die Bevölkerungszahl auf ca. 400.000 Bewohner.

Die hohe Bevölkerungsdichte im Industrieballungsraum Süd-Ost-Niedersachsen und das ca. 95 % des gesamten anfallenden Atommülls der Bundesrepublik Deutschland möglicherweise in Schacht Konrad eingelagert werden sollen,

unterscheidet den Schacht Konrad von Gorleben und Wackersdorf. Dort sollen nach Vorstellungen der Kernkraftwerksbetreiber hochradioaktive und wärmeentwickelnde abgebrannte Kernbrennstäbe aufbereitet bzw. endgelagert werden. Die Bevölkerungsdichte an beiden Standorten ist jedoch wesentlich geringer als die in der Großstadt Salzgitter und deren Umgebung. Die Eisenerzförderung im Schacht Konrad wurde 1975 aus wirtschaftlichen Gründen eingestellt. Seit diesem Zeitraum ist Schacht Konrad als Endlager für schwachradioaktive Abfälle immer wieder in der Diskussion. Die Grube wird seit diesem Zeitraum für Untersuchungen für die Einlagerung radioaktiver Abfälle betriebsbereit gehalten. Mit den Untersuchungen beauftragt war zunächst die Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung (GSF), deren Endbericht von 1982 sich als so mangelhaft herausstellte, daß die Physikalisch-Technische Bundesanstalt (PTB) aus Braunschweig weitere Forschungsarbeiten durchführen mußte. Die Gruppe Ökologie kam in einem Bewertungsgutachten im Auftrag der Stadt Salzgitter über den GSF-Bericht zu folgendem Ergebnis: "Die Eignung der Schachtanlage Konrad für die Endlagerung von schwachradioaktiven Abfällen, ist durch die Untersuchungen der GSF nicht belegt und die kerntechnische Sicherheit des Betriebes nicht nachgewiesen. Dies gilt verstärkt für andere Arten radioaktiver Abfälle." Im Verlauf der sich anschließenden Forschungen durch die PTB erfolgte auch eine Umwidmung von einer Deponie für schwachradioaktive Abfälle (GSF) zu einem Universalendlager (PTB, s.o.). Schacht Konrad ist für die mögliche Endlagerung von Atommüll deshalb so interessant, weil die vorhandene Hohlraumkapazität der Gruppe es zuläßt, nicht nur den in der Bundesrepublik anfallenden Abfall einzulagern, sondern

möglicherweise auch solchen aus dem europäischen Ausland, nicht zuletzt um eine wirtschaftliche Auslastung des Endlagerbetriebes zu erreichen.

Das Planfeststellungsverfahren für die Einrichtung der Schachanlage Konrad als Endlager wurde von der PTB im Herbst letzten Jahres beim Niedersächsischen Umweltminister beantragt. Dieses Planfeststellungsverfahren ist nur scheinbar demokratisch, denn bereits seit 1983 stützt sich das Entsorgungskonzept der Bundesregierung auf das nicht genehmigte Endlager Konrad: Denn in den Teilerrichtungsgenehmigungen für die Atomkraftwerke Brockdorf, Grohnde, Lingen und Grafen Rheinfeld wird Schacht Konrad schon jetzt als Entsorgungsnachweis von den Genehmigungsbehörden der Länder anerkannt. Im Fall Grohnde war es dieselbe Niedersächsische Landesregierung, die auch über ein evtl. Endlager Schacht Konrad zu entscheiden hat. Mit den gesamten Vorgängen um Schacht Konrad befassen sich seit Jahren einige an Ort ansässige Bürgerinitiativen und Initiativen aus den umliegenden Gemeinden. So hat sich das Umweltschutzforum Schacht Konrad aus Salzgitter seit mehr als 10 Jahren intensiv mit der Materie befaßt und immer wieder auf die Gefährdungen, die durch den möglichen Betrieb dieser Anlage entstehen können, hingewiesen. So sind regelmäßig Veranstaltungen durchgeführt und Publikationen verteilt worden.

Nach Einleitung des Planfeststellungsverfahrens im Herbst des vorigen Jahres, sind auch weitere Gruppen und Umweltschutzverbände dazugestoßen.

So fand eine gemeinsame Pressekonferenz des Umweltschutzforums Schacht Konrad der BUND Kreisgruppe Salzgitter sowie der DBV Kreisgruppe Salzgitter im Februar im Niedersächsischen Landtag statt. Auf dieser Pressekonferenz wurden die Forderungen zum Planfeststellungsverfahren Schacht Konrad an Presse, Rundfunk und Fernsehen verteilt sowie zu den Kritikpunkten Stellung genommen. Einen schweren Stand werden die Bürger haben, die im Planfeststellungsverfahren ihre Bedenken vorbringen wollen. Nach Gesamtuntersuchungszeit von inzwischen über 10 Jahren, Kosten von ca. 350 Millionen DM (Steuergelder!) und Berichten von einigen tausend Seiten, bleiben den betroffenen Bürgern nur 2 Monate Zeit, um die zur Verfügung gestellten Unterlagen durchzuarbeiten und Einwände geltend zu machen. Dabei fehlen Basisdaten und Berechnungen meist völlig. Die Ergebnisse sind somit schnurschwer oder gar nicht nachvollziehbar. Fragwürdig ist auch die Benutzung veralteter Daten der Antragsteller sowie Formulierungen folgender Art:

"Kollision von Transportmitteln mit und ohne Brand.

Dieser Auslegungsstörfall wird durch bauliche und administrative Maßnahmen zur Verkehrsführung und Regelung vermieden."

(Planunterlagen Kapitel 3.5, Seite 47.)

So sind beispielsweise Aussagen über die Häufigkeit von Inversionsbedingungen am Standort der Schachtanlage Konrad auf Angaben für Hannover im Zeitraum Januar 1957 bis Dezember 1973 zurückgeführt worden.

Völlig unberücksichtigt blieben die Auswirkungen der Tschernobyl-Katastrophe und der dadurch erhöhten radioaktiven Belastung. Die Behauptung des nur scheinbar demokratischen Planfeststellungsverfahrens wird dadurch erhärtet, daß die PTB als Antragstellerin im Auftrag der Bundesregierung auftritt. Sie prüft die Unterlagen und die Untersuchungsergebnisse selbst, läßt sie also nicht von dritter unabhängiger Stelle prüfen. Die PTB hat für den Betrieb der Anlage eine Tochtergesellschaft gegründet, die Gesellschaft für den Bau und Betrieb von Endlagern (DBE) mit Sitz in Peine. Sie ist also über die Tochtergesellschaft auch Betreiberin der Einlagerung.

Nichtgegenstand des Planfeststellungsverfahrens sind die Transporte und Transportwege von sämtlichen atommüllproduzierenden Anlagen in der Bundesrepublik nach Salzgitter. Die Transporte sollen per Schiene und Straße zum Schacht Konrad erfolgen. Bei Unfällen könnte radioaktive Substanzen freigesetzt werden. Die Transportstrecken betreffen die gesamte Bundesrepublik Deutschland und werden nicht vor Durchführung eines Transportes als gefährdete Bereiche gekennzeichnet.

Ein weiteres erhebliches Bedenken gilt dem oberirdischen Zwischenlager, dem sogenannten Pufferlager. Dort könnte es durch Beschädigung oder Brände zu einer radioaktiven Verseuchung kommen. Alle dort zur Endlagerung zwischengelagerten Container geben ohnehin eine "zulässige" Strahlung ab. Die erhöhte Umgebungsstrahlung nach der Katastrophe von Tschernobyl ist wie schon erwähnt im PTB Gutachten völlig unberücksichtigt geblieben.

Auch die Immissionen aus Kraftwerk, Kokerei, Stahl- und Walzwerk sowie der Erzvorbereitung der Stahlwerke Peine-Salzgitter AG, auf deren Betriebsgelände sich der Einlagerungsschacht befindet sowie der Pyrolyseanlage, sind nicht in die Untersuchungen mit einbezogen worden. Vor allem ist noch nicht erforscht worden, welche Wechselwirkungen die Immissionen mit den freigesetzten Radionukliden auslösen können. All diese Stoffe würden sich über die Luft und die Abwässer in der näheren und weiteren Umgebung ablagern und auf Dauer in biologischen Kreislauf eindringen.

Um diese Bedenken von unabhängigen Wissenschaftlern beleuchten zu lassen, veranstalteten die BUND- und DBV-Kreisgruppen in Salzgitter am 23. Mai 1987 ein Hearing zu Schacht Konrad. Als wesentliche Aussagen der Wissenschaftler können folgende Positionen festgehalten werden: "Radioaktive Gase werden während des Einlagerungsbetriebes eines geplanten Atommüllendlagers im Schacht Konrad fortwährend in die Luft entweichen. Mögliche Unfälle beim Transport nach Salzgitter-Bleckenstedt, dem Standort Schacht Konrads, können erheblich schlimmere Folgen haben, als von den zukünftigen Betreibern bislang angenommen. Diese Ansicht äußerten während des Hearings die Wissenschaftler [REDACTED] und [REDACTED]. Der Bremer Kernphysiker [REDACTED] kritisierte in seinem Referat die Absicht, sämtlichen nicht wärmeentwickelnden Atommüll, darunter auch Plutonium, in das Erzberg Schacht Konrad einzulagern. Am Versuchsschacht Asse II bei Wolfenbüttel (ca. 15 km Entfernung zur Schachtanlage Konrad) sei festgestellt worden, daß die radioaktiven Gase nicht in den Spezialbehältern und im Bergwerk festgehalten werden können.

Als Ergebnis müsse daher auch für Konrad erwartet werden: "Die Strahlenbelastung wird größer sein als in der Umgebung eines Atomkraftwerkes. die gasförmigen Stoffe können durch die Bewetterung der Erzgrube mit in die Luft gepumpt werden." Der Wissenschaftler [REDACTED] hielt die Bedingungen beim Test für Atommüllspezialbehälter für nicht ausreichend. Ein von einem Zug überrollter Behälter würde zerbrechen und den gefährlichen Inhalt freigeben. [REDACTED]: "Wenn dazu noch ein Feuer entsteht, werden die radioaktiven Stoffe pulverisiert und als Ascheteilchen in alle Richtungen verteilt. Dann könnte man die betroffenen Landstriche bei großer Gefahr für die Bevölkerung nur noch evakuieren, damit die radioaktive Dosis nicht über die Nahrungskette aufgenommen wird." Sicher Transporte sind nach Ansicht [REDACTED] derart teuer, daß die Atomenergie damit unwirtschaftlich werde.

Bei der juristischen Betrachtung wurde vom Referenten [REDACTED] festgestellt: "Die Planungsentscheidung, die unter Zugzwang getroffen wird, ist schlecht". Der Zwang Schacht Konrad genehmigen zu müssen, ergibt sich aus dem Entsorgungsnachweis für die vorgenannten Atomkraftwerke.

Das ein Ausstieg aus der Atomenergie möglich ist, wurde im Ausstiegsszenario des BUND Niedersachsen in Zusammenarbeit mit dem Öko-Institut Freiburg ausführlich dargestellt. Die Schachtanlage Konrad ist in den letzten Monaten aus zwei

Gründen abermals in den Blickpunkt gerückt worden:

1. Die Genehmigungsbehörde, das Niedersächsische Umweltministerium,

hat die PTB im Mai diesen Jahres aufgefordert, neue Berechnungen zur Langzeitsicherheit Schacht Konrads anzustellen. Die vorgelegten Berechnungen haben sich als falsch erwiesen. Die Auslegungsphase wird dadurch mindestens um 6 Monate verschoben. Durch den Werkunfall im Erkundungsschacht Gorleben und das mögliche Scheitern dieses Projekts, kommt Schacht Konrad besondere Bedeutung zu. So schrieb die Hannoversche Allgemeine Zeitung noch am 15. April 1987 "Gorleben und der Schacht Konrad bei Salzgitter sind sichere atomare Endlagerstätten. Diese Auffassung vertritt die Physikalisch Technische Bundesanstalt (PTB) in Braunschweig im ersten Heft ihrer am Dienstag vorgestellten neuen Schriftenreihe "PTB informiert".

Die Befürchtungen der Wissenschaftler, die sich kritisch mit den vorgesehenen Endlagerstandorten Gorleben und Salzgitter auseinandergesetzt haben, wurden somit bestätigt.

Es kommt jetzt darauf an, daß sich die in Salzgitter und der Umgebung aktiven Gruppen zu gemeinsamen Aktionen vor Ende der Auslegungsphase zusammenschließen und dadurch den Mitbürgern die Möglichkeit eröffnen, ebenfalls Einwändungen zu machen.